

**EU-Recht** Die geplante Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten könnte gegen den EU-Vertrag verstoßen

# Rechtliche Probleme bei Finanztransaktionssteuer

Ab Herbst wird verhandelt, Deutschland hat mögliche Einnahmen nicht budgetiert, Österreich schon.

**London.** Die von elf EU-Ländern – darunter auch Österreich – geplante Finanztransaktionssteuer scheitert möglicherweise an rechtlichen Hürden. Der juristische Dienst der Europäischen Union meldete Zweifel an ihrer Rechtmäßigkeit an, wie aus einem Gutachten hervorgeht. Die Steuer sei nicht mit dem EU-Vertrag vereinbar und würde wohl den Wettbewerb in der EU verzerren.

Politisch wurde die Steuer bereits deutlich abgespeckt, mit der die Banken an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden sollen.

## Ab Herbst wird verhandelt

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der maßgeblich von Deutschland und Frankreich vorangetriebenen Steuer sollen diesen Herbst beginnen.

In der EU hatte sich erst nach langem Tauziehen eine Gruppe von elf Ländern zusammengefunden, die auf dem Wege der verstärkten Zusammenarbeit die Abgabe einführen wollen. Großbritannien mit dem wichtigsten EU-Finanzplatz London ist nicht dabei. Geklärt werden muss unter anderem, ob neben Aktien und Derivaten auch Devisentransaktionen belastet werden sollen.

## Verstoß gegen EU-Recht?

Das Rechtsgutachten nährt allerdings Zweifel, ob die Steuer überhaupt kommen wird. In dem 14-seitigen Papier heißt es, die Steuer könnte gegen internationales Recht verstoßen. So wird erwogen, sie auf jedes Papier zu erheben, das in einem der elf EU-Länder begeben wurde.

Das würde im Ergebnis bedeuten, dass die Steuer auch anfallen



Der Kampf um die Finanztransaktionssteuer geht weiter, jetzt verstärkt mit rechtlichen Argumentationen.

würde, wenn die Papiere an anderen Börsen, etwa in den USA, den Besitzer wechseln; in dem Fall müssten die USA die Steuer einziehen und weiterreichen. Dem Gutachten zufolge würde die Steuer außerdem den Wettbewerb in der EU behindern, da sie nur in einigen EU-Ländern gelten würde.

Wegen der vielen Probleme hat Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble in seinem Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 keine Einnahmen aus ihr veranschlagt. Im österreichischen Budget 2014 sind die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer bereits fix mit rund 500 Mio. € eingeplant.

Dem bisherigen Plan zufolge sollen Aktiengeschäfte mit einem Satz

von 0,1% besteuert werden, Derivate mit 0,01%. Im Raum stehen Einnahmen von bis zu 35 Mrd. € im Jahr für die elf Länder.

## Finanzbranche gestärkt

In der Finanzbranche, deren Lobbyisten seit Monaten gegen die Steuer kämpfen, sorgte das Gutachten für gute Laune.

„Wir sind von Anfang an gegen diese unsinnige Steuer eingetreten und begrüßen es insofern, wenn wir für unsere rechtlichen Argumente jetzt offenbar Rückendeckung erhalten“, sagte ein Sprecher des deutschen Bundesverbands Öffentlicher Bankern (VÖB), der unter anderem die Landesbanken vertritt. Sie hatten befürchtet, dass

durch die Steuer die Wertpapierleihgeschäfte getroffen würden, mit denen die Institute Geld innerhalb der öffentlich-rechtlichen Bankengruppe hin- und herschieben.

## EU-Kommission bleibt dabei

Wenig beeindruckt von dem Gutachten zeigt sich indes die EU-Kommission; sie weist die Einschätzung des juristischen Dienstes zurück. Eine Sprecherin von EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta meinte, die EU-Kommission sei mit der Beurteilung „überhaupt nicht einverstanden“. Die EU-Kommission habe vor ihrem Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer eine eingehende Rechtsanalyse durchgeführt. (APA/ks)

## Start-ups-Beratung Eigentümer einer Flohmarkt-App Herbst Kinsky berät finderly

**Wien.** Die Wirtschaftskanzlei Herbst Kinsky hat die finderly GmbH beim Einstieg der Schibsted Classified Media im Zuge einer Finanzierungsrunde beraten.

finderly ist Eigentümer der App „Shpock“ („Shop in your pocket“), das ist eine Flohmarkt-App. Shpock konnte innerhalb nur eines Jahres über 1 Mio. Downloads und die Einstellung von über 1, 5 Mio. Produkten verzeichnen und ist somit, gemessen an Downloads, die

größte Flohmarkt-App nach eBay im deutschsprachigen Raum.

Schibsted Classified Media investierte eine siebenstelligen Summe in die Flohmarkt-App. Mit dem frischen Kapital möchte Shpock seine hochgesteckten Ziele wie Weiterentwicklung des Produkts und Wachstum der Shpock Community erreichen. Das Team von Herbst Kinsky wurde bei dieser Transaktion von dem PE/VC-Spezialisten Philipp Kinsky geleitet.

## Spezialist für Start-ups

Die Anwaltskanzlei Herbst Kinsky hat sich seit einiger Zeit als Spezialist für rechtliche Fragen der Start-up-Szene etabliert. So ist eines der juristischen Fachgebiete von Rechtsanwalt Philipp Kinsky eben das Start-up-Recht. Datenschutz- und E-Commerce-Recht sind dabei zwei der wichtigsten Themenbereiche.

Zuletzt hat die Sozietät Herbst Kinsky unter anderem indoo.rs, Dynamic Perspective oder Sipwise bei ihren Finanzierungsrunden und dem Einstieg von Investoren beraten. (red)



„Shpock“ ist eine neue Flohmarkt-App.

## PwC Jour Fixe und neue Auflage der Broschüre 20 Jahre Privatstiftungsgesetz

**Wien.** Das Privatstiftungsgesetz ist heuer seit 20 Jahren in Kraft. Zu diesem Anlass luden das Private Wealth Team von PwC Österreich und die Wiener Wirtschaftskanzlei Willheim Müller Rechtsanwälte am 5. September zu einem Jour Fixe ein.

Nach einer Laudatio von Univ.-Prof. Martin Schauer referierte Katharina Müller zur Privatstiftungsberatung im Wandel der Zeit. Erik Malle, Geschäftsführer PwC Öster-

reich, führte durch die Änderungen in der Stiftungsbesteuerung in den vergangenen Jahren.

## Broschüre von PwC

Anlässlich des Jubiläums veröffentlicht PwC auch die 2. Auflage der Broschüre „Privatstiftungen in Österreich – richtig vorsorgen für das Familienvermögen“. Mehr als 40 Personen folgten der Einladung der Wirtschaftskanzlei. (red)



Martin Schauer, Katharina Müller (Willheim Müller RA), Erik Malle (PwC Österreich).

## SHORT

### Trauer um Theresa Jordis



Die Wirtschaftswältin Theresa Jordis ist verstorben.

**Wien.** Wirtschaftswältin Theresa Jordis, Gründungspartnerin der Dorda Brugger Jordis Rechtsanwälte GmbH, ist am 7. September 2013 nach längerer, schwerer Krankheit kurz nach ihrem 64. Geburtstag gestorben. Sie war namensgebende Partnerin von Dorda Brugger Jordis Rechtsanwälte, geschäftsführende Gesellschafterin und Anwältin.

„Mit ihr zusammenzutreffen und mit ihr die Kanzlei zu dem, was sie heute ist, aufzubauen, zählt zu den Glücksfällen meines Lebens“, sagt Seniorpartner Christian Dorda.

„Theresa Jordis schaffte es bei großem persönlichem Engagement, stets auch andere mitzureißen und zu motivieren“, sagt Georg Birkner, jahrelanges Mitglied vom Team Theresa Jordis und neuer Leiter des Stiftungsrecht-Teams.

Theresa Jordis war Expertin für Gesellschafts- und Stiftungsrecht, Unternehmenskäufe sowie Umstrukturierungen und Sanierungen; Schwerpunkt ihrer Tätigkeit war die Beratung und Betreuung von Familienunternehmen, darunter zahlreichen Privatstiftungen mit industriellen Beteiligungen. (red)

## DLA Piper berät bei Sanierung von Kodak



DLA Piper-Partner Christian Temmel: „Stärke der globalen Präsenz“.

**Wien/London.** Die internationale Anwaltskanzlei DLA Piper berät die Eastman Kodak Company bei der weltweiten Umsetzung des Chapter 11 Sanierungsplans und der damit verbundenen Restrukturierung von verschiedenen Geschäftsbereichen. Im Rahmen der Restrukturierung wurden kürzlich die Unternehmensbereiche Personal Imaging und Document Imaging an UK Kodak Pension Plan verkauft.

Neben der Kanzlei Sullivan & Cromwell, welche die Eastman Kodak Company als Global Counsel im Rahmen der Chapter 11-Sanierung führend berät, war DLA Piper für die Beratung und die Umsetzung des Verkaufs der Unternehmensbereiche Personal Imaging und Document Imaging in zahlreichen Ländern hauptverantwortlich, unter anderem in Österreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Hongkong, Japan sowie in verschiedenen Ländern in Südamerika. (red)